

NIEDERSCHRIFT

über die 7. Sitzung des Rates

vom:	21.03.2000
von:	16.00 Uhr
bis:	20.55 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Rat:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender -
Stv Bertelmann, Hans-Günter
Stv Boller, Joachim
Stv Daus, Anny
Stv Dittert, Katrin
1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen
Stv Eberlein, Klaus-Peter
Stv Elter, Uwe - bis 20.25 Uhr -
Stv Fries, Traute
Stv Gaden, Helga
Stv Gelber, Gunther
Stv Gerlach, Heinrich
Stv Gierlich, Michael
Stv Glaamann, Herta
Stv Groß, Michael
Stv Heupel, Rüdiger
Stv Höpfner-Diezemann, Ute
Stv Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Jacob, Martin
Stv Katz, Reinhilde
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Kleine, Sancho-Antonio
2. Stellv. BM Köhl, Siegfried
Stv Lauble, Wilhelm
Stv Moll, Ilona
Stv Morgenschweis, Thomas

Stv Müller, Heinz
Stv Müller, Manfred
Stv Mues, Gunter

Stv Mues, Steffen
Stv Nauck, Gerda
Stv Neubauer, Hans Peter
Stv Otto, Günter
Stv Panthöfer, Ulrich
Stv Reitz, Manfred
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Schleifenbaum, Dorothea
Stv Schmidt, André
Stv Schneider, Manfred
Stv Schütz, Marianne - bis 20.30 Uhr -
Stv Schulte, Werner
Stv Dr. Schultze, Reinhold
Stv Schulze, Werner
Stv Schwarz-Schumann, Helga
Stv Siebel, Helmut
Stv Sintzen, Gerlinde
Stv Sonntag, Hartmut
Stv Stahl, Markus
Stv Steuber, Burkhard
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang
Stv Strunk, Christine
Stv Tielsch, Ingrid Karin
Stv Walter, Klaus-Volker
Stv Wolf, Marianne
Stv Wunderlich, Horst
Stv Zips, Joachim

II. Aufgrund besonderer Einladung:

Dipl.-Ing. Fischer - Planungsgemeinschaft Fischer / Ante - zu TOP 10 -
Dipl.-Ing. Ante - Planungsgemeinschaft Fischer / Ante - zu TOP 10 -

III. Vom Personalrat:

VA Bernshausen - bis TOP 5 -

IV. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune
Städt. VD Mengel
Städt. OVR Kühn

Städt. OVR Lehmann - bis TOP 10 -
Städt. OVR Weber
Dipl.-Ing. Weidt
Städt. VR Scholze - bis TOP 5 -
Gleichstellungsbeauftragte Dellori - bis TOP 8 -
Dipl.-Ing. Heide - bis TOP 10 -
Dipl.-Ing. Weiel - ab TOP 10 bis TOP 13 -
StAR Dorsch
Rechtsreferendar Hoffmann
Rechtsreferendarin Janikowski
StOI Kreutz - als Schriftführer -

Nicht anwesend war:

Stv Flohren, Angelika

Zur Tagesordnung:

Der Antrag von Herrn Groß, den Punkt 10 angesichts des großen Bürgerinteresses bereits nach Punkt 4 zu behandeln, wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag von Herrn Bertelmann, den Punkt 10 aufgrund der Präsentation der umfangreichen Ergänzungsvorlage 303/00 C als Tischvorlage von der Tagesordnung abzusetzen, wird ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Der Aufnahme des Antrages der SPD-Fraktion vom 15.03.2000 als Punkt 4.1 wird zugestimmt.

Zudem wird die Tagesordnung um den Punkt 3.1 erweitert.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (SPD)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Eberlein bestimmt.

7. Rat 21.03.2000

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23.02.2000

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

7. Rat 21.03.2000

3. Fragestunde

3.1 Neubau der Hindenburgbrücke - Brückenkonstruktion und Änderung der Verkehrsführung

- Anfrage des Stv Morgenschweis vom 22.02.2000 -

Die von Herrn Brune vorgetragene Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

7. Rat 21.03.2000

3.2 Ratsbeschlüsse zur Schaffung von Busspuren

- Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.03.2000 -

Die von Herrn Brune vorgetragene Antwort ist der Niederschrift als Anlage beige-fügt.

Herr Boller stellt die Zusatzfrage, ob die Verwaltung nicht angesichts der Beschluss-lage zu Punkt 1 der Frage aus eigenem Antrieb in den Verwaltungsentwurf des Haushaltes 2000 Mittel für Busspuren hätte einplanen müssen, um die Beschlüsse umsetzen zu können.

Herr Brune erwidert, bereits bei den Vorberatungen sei erkennbar gewesen, dass die Maßnahmen im Jahr 2000 nicht finanzierbar seien. Es gehe bei der Busspur in Niederschelden immerhin um einen Betrag von 900 TDM bis 1.000 TDM.

7. Rat 21.03.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1 Probeweise Einführung einer SchülerInnen-Netzkarte

- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.03.2000 -

Frau Schwarz-Schumann erläutert eingehend den Antrag.

Herr Dr. Rohr plädiert dafür, zunächst einen entsprechenden Beschluss des Landtages abzuwarten. Die Auswertung der Versuchsergebnisse lasse eine neue Form der staatlichen Bezuschussung erwarten.

Die Herren G. Mues, Walter und Siebel schließen sich der Auffassung des Herrn Dr. Rohr an.

Herr Boller spricht sich für den Antrag aus.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich Verhandlungen zur probeweisen Einführung einer SchülerInnen-Netzkarte mit interessierten Umlandgemeinden so-wie dem Verkehrsträger Zweckverband Westfalen-Süd aufzunehmen und dem Rat der Stadt Siegen noch vor der Sommerpause einen entsprechenden Beschlussvor-schlag vorzulegen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

7. Rat 21.03.2000

5. Haushaltssatzung 2000

dazu:

- Antrag der CDU-Fraktion vom 20.03.2000 -

- Antrag der SPD-Fraktion vom 17.03.2000 -

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.03.2000 -

Die Reden der Fraktionsvorsitzenden sowie des Stadtverordneten Morgenschweis zum Haushalt 2000 sind der Niederschrift als separate Anlage beige-fügt.

5.1 Stellenplan der Stadtverwaltung Siegen
 1. Stellenplan 2000
 2. Mittelfristiger Ausbildungsstellenplan 1996 - 2000 (Fortschreibung)

Vorlagennr. 242/00 und 242/00 A - Vorlagen vom 25.01. und 02.03.2000 -

Beschluss (mit Ergänzung auf Antrag der CDU-Fraktion):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Stellenplan 2000 und die Fortschreibung des mittelfristigen Ausbildungsstellenplanes für den Zeitraum 1996 - 2000. Zudem wird eine Mehrstelle im Bereich Museen mit der Bewertung nach BAT II eingerichtet.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 21 Stimmen dagegen (SPD, BÜNDNIS 90 / Enthaltungen (F.D.P., Stv Morgenschweis)

DIE GRÜNEN), 4

7. Rat 21.03.2000

5.2 Beratung und Beschlussfassung von Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2000, des Investitionsprogrammes 1999 - 2003 und der 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2000 unter Einschluss der mittelfristigen Finanzplanung 1999 bis 2003/2006

Vorlagennr. 289/00 und 289/00 A - Vorlagen vom 23.02. und 09.03.2000 -

Herr G. Mues bringt vor, der Antrag der CDU-Fraktion sei nach Rücksprache mit dem Kämmerer redaktionell dahingehend zu verändern, dass im Verwaltungshaushalt Mehrausgaben in Höhe von 400 TDM für die Straßenunterhaltung veranschlagt würden. Im Vermögenshaushalt seien 2.600 TDM für ein Sonderprogramm für den Ausbau von Stadtstraßen bereitzustellen.

Beschluss (auf Antrag der CDU-Fraktion):

- a) Im Verwaltungshaushalt sind zur Straßenunterhaltung zusätzlich 400 TDM zu veranschlagen. Die Deckung erfolgt durch eine Minderausgabe bei der HHSt. 1.900.8320.9 - Kreisumlage -.
- b) Im Vermögenshaushalt wird ein Sonderprogramm für den Ausbau von Stadtstraßen mit einem Umfang von 2.600 TDM eingestellt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei folgenden Haushaltsstellen:

1.820.3300.6	- Erlöse aus der Veräußerung der Beteiligung an der Siegener Kreisbahn GmbH	600 TDM
1.840.3300.3	- Erlös aus der Veräußerung von Beteiligungen - RWE	1.500 TDM

1.880.3400.4 - Grundstückserlöse

500 TDM.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

Auf Anregung von Herrn Stötzel wird über die Unterpunkte des Antrages der SPD-Fraktion, soweit sie noch nicht durch den Beschluss über den Antrag der CDU-Fraktion abgedeckt sind, einzeln abgestimmt.

Beschluss (auf Antrag der SPD-Fraktion):

Für Unterhaltungsmaßnahmen im Hochbaubereich (mit dem Schwerpunkt „Schulen“) werden zusätzlich 1 Mio. DM zur Verfügung gestellt.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss (auf Antrag der SPD-Fraktion):

Entsprechend der Empfehlung des Jugendhilfeausschusses vom 16.02.2000 ist bei der HHSt. 1.454.7605.4 - Verlässliche Halbtagschule - der bestehende Ansatz von 40.000,00 DM auf 65.000,00 DM zu erhöhen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss (auf Antrag der SPD-Fraktion):

Der Ansatz der HHSt. 1.460.7170.8 - Zuschüsse für TOT-Heime - ist von bisher 42.000,00 DM auf 66.000,00 DM zu erhöhen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss (auf Antrag der SPD-Fraktion):

Gleichlautend mit der Empfehlung des Jugendhilfeausschusses vom 16.02.2000 ist der bisherige Ansatz der HHSt. 1.464.7171.4 - Freiwillige Betriebskostenzuschüsse für Kindertageseinrichtungen - von 2.400.000,00 DM auf 2.580.000,00 DM zu erhöhen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss (auf Antrag der SPD-Fraktion):

Für die Beauftragung einer externen Organisationsuntersuchung in den Fachbereichen 7 und 8 wird im Haushalt 2000 eine erste Rate in Höhe von 200.000,00 DM eingestellt.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Die Ratsmitglieder sprechen sich mehrheitlich gegen eine Einzelabstimmung über die Empfehlungen der Fachausschüsse aus.

Beschluss (auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Die in der Anlage 3 der Verwaltungsvorlage 289/00 vom 23.02.2000 enthaltenen Änderungsempfehlungen der Bezirks- und Fachausschüsse zum Entwurf des Verwaltungshaushaltes 2000 in Höhe von insgesamt 1.356.625,00 DM wird gefolgt.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss über den Gesamthaushalt:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

a) folgende

Haushaltssatzung

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2000 wird

im Verwaltungshaushalt	in der Einnahme auf	360.116.000,00 DM
	in der Ausgabe auf	394.469.000,00 DM
im Vermögenshaushalt	in der Einnahme auf	89.367.000,00 DM
	in der Ausgabe auf	89.367.000,00 DM

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2000 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt erforderlich ist, wird auf

7.982.000,00 DM

festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird im Haushaltsjahr 2000 auf

36.041.000,00 DM

festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2000 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

120.000.000,00 DM

festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2000 wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|----|--|-----------|
| 1. | Grundsteuer | |
| | a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A) | 170 v. H. |
| | b) für die Grundstücke
(Grundsteuer B) | 370 v. H. |
| 2. | Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag | 430 v. H. |

§ 6

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2006 wiederhergestellt. Ein originärer Haushaltsausgleich wird danach erst-mals im Haushaltsjahr 2000 erreicht. Die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplanes umzusetzen.

§ 7

Im Stellenplan ausgewiesene und mit dem Vermerk „künftig wegfallend (kw)“ bezeichnete Planstellen dürfen nach dem Ausscheiden des jeweiligen Stelleninhabers nicht mehr besetzt werden und sind ersatzlos zu streichen. Soweit sich bei den Beamtenstellen nach Anwendung des § 26 Abs. 1 BBesG und der Stellenobergrenzenverordnung (StOV) vom 8. Dezember 1976 Stellenüberhänge an Stellen für Beförderungsämtler ergeben, ist bei der Gesamtzahl der jeweiligen Planstellen der betreffenden Besoldungsgruppe der Vermerk „künftig umzuwandeln (ku)“ anzubringen.

Jede dritte freiwerdende und im Überhang befindliche Planstelle der jeweiligen Besoldungsgruppe im Bereich der allgemeinen Verwaltung ist fortwirkend in eine Besoldungsgruppe umzuwandeln, für die Obergrenzen noch nicht erreicht sind. Das Gleiche gilt für die technischen Beamtenplanstellen, soweit die Obergrenzen der Beförderungsämtler für diesen Bereich gesondert ermittelt wurden.

Soweit im Stellenplan unabhängig von § 28 Abs. 1 BBesG und StOV der Vermerk „künftig umzuwandeln (ku)“ angebracht ist, sind freiwerdende Stellen dieser Besoldungs- bzw. Vergütungs- oder Lohngruppe entsprechend umzuwandeln.

Gemäß § 3 Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG -) wird zugelassen, dass Beamte mit Rückwirkung von höchstens drei Monaten in die höhere Planstelle eingewiesen werden, soweit sie während dieser Zeit die Obliegenheiten des verliehenen oder eines gleichartigen Amtes tatsächlich wahrgenommen haben und die Planstellen, in die sie eingewiesen werden, besetzbar waren.

- b) das Investitionsprogramm 1999 - 2003,

- c) die 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2000 unter Einschluss der mittelfristigen Finanzplanung 1999 - 2003 / 2006 und unter Berücksichtigung der für den Haushalt 2000 erfolgten Änderungen sowie
- d) das Haushaltsbuch 2000.

Beratungsergebnis: 30 Stimmen dafür, 23 Stimmen dagegen, 3 Enthaltungen

7. Rat 21.03.2000

6. Haushalt 1999

hier:

- a) Vorläufiges Jahresabschlussergebnis
- b) Entscheidung über die Bildung von Haushaltsresten im Jahresabschluss 1999

Vorlagenr. 290/00 - Vorlage vom 23.02.2000 -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen

- nimmt vom vorläufigen Jahresabschlussergebnis 1999 Kenntnis und
- stimmt der Bildung von Haushaltsausgaberesten entsprechend den Anlagen 1 (Verwaltungshaushalt) und 2 (Vermögenshaushalt) zur Vorlage zu.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür
(Gegenstimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Stv Morgenschweis)

7. Rat 21.03.2000

7. Einrichtung eines Kinder-, Jugend- und Familienzentrums für die Regionen Achenbach, Heidenberg und Fischbacherberg im leer-stehenden Übergangwohnheim Breslauer Straße 14

Vorlagenr. 297/00 - Vorlage vom 23.02.2000 -

Herr Schmidt erklärt sich für befangen und nimmt an Beratung und Beschluss-fassung nicht teil.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Einrichtung eines Kinder-, Jugend- und Familienzentrums für die Regionen Achenbach, Heidenberg und Fischbacherberg im leerstehenden Übergangwohnheim Breslauer Str. 14. Dazu werden beide Übergangwohnheime (Breslauer Str. 14 u. 16) an einen privaten Investor veräußert.
Der Rat beauftragt die Verwaltung, die weiteren Schritte zum Aufbau des Kinder-, Jugend- und Familienzentrums zu unternehmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

7. Rat 21.03.2000

**8. Gemeinschaftsaufgabe Frauenförderung
Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes**

Vorlagennr. 272/00 - Vorlage vom 03.02.2000 -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, zur Umsetzung des Landes-gleichstellungsgesetzes entsprechend § 5 Abs. 6 GO NW die erforderlichen Än-derungen bei der Hauptsatzung zu berücksichtigen und den Entwurf eines Frauen-förderplanes gemäß §§ 5 a und 6 Landesgleichstellungsgesetz zu erstellen.

Grundlage für den Frauenförderplan soll die Fortschreibung der Daten zur Be-schäftigungssituation in der Stadtverwaltung Siegen für die Jahre 1998/99 sein, die Bestandteil des ersten Berichtes zur Gemeinschaftsaufgabe Frauenförderung 1996/97 waren (vgl. Ratsbeschluss vom 24.06.1998 zur Vorlage Nr. 2812/98). Die Berichterstattung dazu soll im II. Quartal dieses Jahres erfolgen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

7. Rat 21.03.2000

9. 28. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Siegen;
(Zur Darstellung von Windkraftanlagen)
hier:
- a) Auf § 31 GO NW wird hingewiesen,
 - b) Prüfung und Abwägung der während der frühzeitigen Bürgerbeteili-gung und der öffentlichen Auslegung eingegangenen Bedenken und Anregungen,
 - c) redaktionelle Ergänzung des Erläuterungsberichtes
 - d) Beschluss der 28. Flächennutzungsplanänderung mit Erläuterungs-bericht

Vorlagennr. 188/99 und 188/99 A - Vorlagen vom 17.11.1999 und 15.03.2000 -

Herr Walter plädiert dafür, den Vota der Bezirksausschüsse zu folgen.

Herr Boller erklärt, die Vorlage werde der Bedeutung der Windkraftanlagen nicht ge-recht. Das weitere Verfahren sollte eingestellt und auf eine Ausweisung entspre-chender Flächen verzichtet werden.

Herr Kirchhöfer beantragt, über die Standorte getrennt abzustimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, den Standort Nr. 1 „Meiswinkel“ als Vorrang-fläche für Windkraftanlagen im Flächennutzungsplan auszuweisen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, den Standort Nr. 2 „Oberschelden“ als Vorrangfläche für Windkraftanlagen im Flächennutzungsplan auszuweisen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, den Standort Nr. 4 „Volnsberg“ als Vorrangfläche für Windkraftanlagen im Flächennutzungsplan auszuweisen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, den Standort Nr. 5 „Breitenbach“ als Vorrangfläche für Windkraftanlagen im Flächennutzungsplan auszuweisen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen empfiehlt, den Standort Nr. 6 „Sohlbach“ als Vorrangfläche für Windkraftanlagen im Flächennutzungsplan auszuweisen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen

Beschluss (gemäß Vorlage 188/99 A):

- 1.1 Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Niederschrift vom 27.10.1999 über die Bürgerbeteiligung in der Zeit vom 16.06.1999 bis 19.07.1999 zur Kenntnis (Anlage 2 der Vorlage 188/99).
- 1.2 Der Rat der Stadt Siegen beschließt über die von den **Trägern öffentlicher Belange (TÖB)** und **Nachbargemeinden** eingegangenen Stellungnahmen wie folgt:
 - 1.2.1 Den Bedenken der **Stadt Kreuztal** über eine mögliche Beeinträchtigung der Wohnqualität im Stadtteil Buschhütten in Form von Lärmimmissionen oder Schlagschatten durch die Ausweisung der Vorrangfläche Nr. 6 "Sohlbach" wird gefolgt.
 - 1.2.2 Der Hinweis der **RWE Energie AG** zu dem empfohlenen Abstand zwischen Windenergieanlagen und nächstgelegener Außenphase der Freileitung vom dreifachen des Rotordurchmessers wird zur Kenntnis genommen.
 - 1.2.3 Der Hinweis der **Westfälischen Gasversorgung (WGV)** auf die Ferngasleitung am westlichen Rand der Vorrangfläche Nr. 5 "Breitenbach" wird zur Kenntnis genommen.
 - 1.2.4 Der Hinweis der **Stadt Freudenberg** bezüglich der Entfernung des Stadtteiles Heisberg von der Vorrangfläche Nr. 2 "Oberschelden" sowie des einzuhaltenden Schallleistungspegels wird zur Kenntnis genommen.

- 1.2.5 Der Hinweis des **Westfälischen Straßenbauamtes**, einen Mindest-abstand D + H (Rotordurchmesser + Nabenhöhe der WEA) einer Windkraftanlage gemessen vom Fahrbahnrand der klassifizierten Straße bis zur Flügelspitze des Rotorblattes einzuhalten, wird zur Kenntnis genommen.

1.3 Über die eingegangenen Stellungnahmen der betroffenen **BürgerInnen** wird wie folgt beschlossen:

- 1.3.1 Den Bedenken des Bürgers sowie sieben MitunterzeichnerInnen aus **Breitenbach** über eine mögliche Überschreitung der zulässigen Richtwerte der TA-Lärm von 50 dB (A) tagsüber bzw. 35 dB (A) nachts für reines Wohngebiet wird gefolgt.
Der Hinweis, dass die Vorrangflächen in einem Naherholungsgebiet liegen, stellt keinen Ausschlussgrund für die Errichtung von Windkraftanlagen dar.
Der Hinweis bezüglich des SGV Hauptwanderweges wird zur Kenntnis genommen.
Den Bedenken, dass der erforderliche Ausbau der Zufahrtswege für Schwertransporte dem Erholungsgebiet schweren Schaden zufügen würde, wird nicht gefolgt.

- 1.3.2 Den Bedenken eines **Bürgers aus Sohlbach** über eine nachteilige Gestaltung des Landschaftsbildes in Sohlbach durch die Errichtung einer Windkraftanlage wird nicht gefolgt.
Seine Bedenken als Bewirtschafter einer der Vorrangfläche anliegenden Fläche werden zurückgewiesen.

- 1.3.3 Den Bedenken der Bürgerin sowie neun MitunterzeichnerInnen aus **Buchen** über eine mögliche Lärmbelästigung im Stadtteil Buchen, die von einer Windkraftanlage auf der Vorrangfläche Nr. 6 "Sohlbach" hervorgerufen werden könnte, wird gefolgt.

1.4 Redaktionelle Ergänzung des Erläuterungsberichtes:

Im Absatz 5.1 auf Seite 5 des Erläuterungsberichtes zur 28. FNP-Änderung (Vorrangfläche Nr. 1 "Meiswinkel") wird nach "... Die derzeitige Netzkapazität beschränkt sich auf die Aufnahme von 250 kW." die Passage "Die maximale Einspeisekapazität für die Standorte Nr. 1 "Meiswinkel" und Nr. 6 "Sohlbach" beträgt insgesamt 750 kW, da beide am gleichen Leitungsnetz liegen. Würde in Sohlbach keine Windkraftanlage errichtet, wäre je nach Anlagentyp für Meiswinkel eine Einspeiseleistung von 500-600 kW möglich." eingefügt.

- 1.5 Der Rat der Stadt Siegen beschließt die 28. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Erläuterungsbericht in der gemäß Ziffer 1.4.1 ergänzten Fassung für die Standorte Nr. 1 „Meiswinkel“, Nr. 2 „Oberschelden“ und Nr. 4 „Volnsberg“ gemäß § 3 Abs. 3 BauGB erneut öffentlich auszulegen. Die Standorte Nr. 5 „Breitenbach“ und Nr. 6 „Sohlbach“ werden im Flächen-nutzungsplanverfahren der Stadt Siegen nicht weiter verfolgt.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

7. Rat 21.03.2000

10. I. 37. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtteil Siegen (Achenbach)
II. Bebauungsplan Nr. 298 „Heidenberg“ im Stadtteil Siegen (Achenbach)
hier: Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- a) Ergänzung / Erweiterung des Geltungsbereiches der 37. Flächen-nutzungsplanänderung und des Bebauungsplanes Nr. 298 / Aktualisierung der Aufstellungsbeschlüsse vom 18.08.1999
 - b) Abwägung der während der Bürgerbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB) und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB) sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden eingegangenen Anregungen
 - c) Beschluss der Planentwürfe und ihre öffentliche Auslegung

Vorlagennr. 303/00 und 303/99 C - Vorlagen vom 28.02. und 16.03.2000 -

Herr Morgenschweis spricht sich dagegen aus, die Konversionsfläche Heidenberg überwiegend für gewerbliche Zwecke zu entwickeln. Die verkehrstechnische Anbin-dung sei völlig unzureichend. Zudem sehe er derzeit keinen akuten Bedarf an Ge-werbeflächen. Er erklärt zu Protokoll, die Stadt werde das im Falle einer Beschluss-fassung für ein Gewerbegebiet zu erwartende Gerichtsverfahren nicht für sich ent-scheiden können.

Frau Sintzen würdigt das Engagement der Bürgerinitiative und vertritt die Auf-fassung, die Lebensqualität der Anwohner dürfe nicht nachhaltig und langfristig beeinträchtigt werden. Sie unterstreicht die Bedeutung einer sozialen Infrastruktur im Bebauungsplangebiet.

Herr Boller beklagt den Zeitdruck, unter dem die Beratung stehe. Auf diese Weise könne keine seriöse Diskussion der Gestaltungsdetails erfolgen.

Herr Dr. Schultze stellt fest, die Zahl der nicht vermittelbaren Wohnungen in Siegen steige, während die Zahl der verfügbaren Gewerbeflächen abnehme. Um einer Ab-wanderung von Menschen aus der Region entgegenwirken zu können, müsse das Bebauungsplangebiet als Gewerbepark genutzt werden, damit dort neue Arbeits-

plätze geschaffen werden könnten. Dabei weise er ausdrücklich darauf hin, dass vorgesehen sei, nur nichtstörendes Gewerbe anzusiedeln. Für ein mögliches Ge-werbegebiet sagt er zudem eine gegenüber einem Wohngebiet geringere Verkehrs-belastung voraus.

Für die SPD-Fraktion stehe die Schaffung von 700 bis 1.000 Arbeitsplätzen durch die Ausweisung eines Gewerbegebietes im Vordergrund, so Herr Schneider. Eine unverhältnismäßige Belastung der Anwohner durch die Gewerbebetriebe und das zusätzliche Verkehrsaufkommen sei nicht zu erwarten.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt:
 - 1.1 gem. § 2 (4) BauGB die Aufstellungsbeschlüsse der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes Nr. 298 "Heiden-berg" vom 18.08.1999 zu aktualisieren und die Plangebiete zu erwei-tern (siehe Übersichtsplan als Anlage 1).
 - 1.2 die im Rahmen der Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen zu dem vorliegenden Bebauungsplanent-wurf Nr. 298 "Heidenberg" und der dazugehörigen 37. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß den als Anlage beigefügten Stellung-nahmen 1 - 31 (Abwägung) zu behandeln.
 - 1.3 Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Belange der Nachbarge-meinden durch die Bauleitplanverfahren der 37. Änderung des Flächen-nutzungsplanes und den Bebauungsplan nicht berührt werden.
 - 1.4 gem. § 3 (2) BauGB
 - den Entwurf der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes,
 - den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 298 "Heidenberg" mit Erläu-terungsbericht und Begründung (Plangebiete, wie unter Ziff. 1.1 dieser Vorlage) und ihre öffentliche Auslegung.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür
(Gegenstimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Stv Morgenschweis)

7. Rat 21.03.2000

11. Gestaltungsvorschriften für Bebauungsplan Nr. 265 „Stimmerweg“ in Eisern;
hier:
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Beschluss der örtlichen Bauvorschriften als Satzung gem. § 86 BauO NW

Vorlagennr. 197/00 - Vorlage vom 22.12.1999 -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die örtlichen Bauvorschriften für den Geltungs-bereich des Bebauungsplanes Nr. 265 "Stimmerweg" laut Anlage 1 zur Vorlage gem. § 86 BauO NW als Satzung.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung (Stv Morgenschweis)

7. Rat 21.03.2000

12. Weiterbau der HTS Siegen-Süd

Vorlagennr. 310/00 - Vorlage vom 03.03.2000 -

Fazit:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt Kenntnis.

7. Rat 21.03.2000

13. 5. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Stadtgebiet von Siegen vom 27.01.1981;
hier: Erhöhung der einzelnen Gebührentarife nach § 4 der Satzung, Änderung des § 3 der Satzung

Vorlagennr. 278/00 - Vorlage vom 02.02.2000 -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß Anlage 9 die 5. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Stadtgebiet Siegen vom 27.01.1981.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür
(Gegenstimme Stv Morgenschweis)**

7. Rat 21.03.2000

4. Weisungsrecht des Rates der Stadt Siegen gegenüber Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe zur Sitzung am 23.03.2000;
hier: Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 01. April 2000

Vorlagennr. 302/00 - Vorlage vom 28.02.2000 -

Herr Zips erklärt sich für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, gegenüber den Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH zur Sitzung am 23.03.2000 zum Tagesordnungspunkt 2 "Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 01. April 2000" **keine Weisung** nach § 113 Abs. 1 GO NW zu erteilen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

(Gegenstimme Stv Morgenschweis)

7. Rat 21.03.2000

15. Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass gemäß § 14 Laden-schlussgesetz
hier: Verlängerte Öffnungszeiten am Sonntag, den 02.04.2000, für den Marktbezirk Weidenau bis Ferndorfbrücke anlässlich des Früh-lingsmarktes im EKZ Siegerland-Zentrum

Vorlagenr. 313/00 - Vorlage vom 09.03.2000 -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage beigefügte Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass vom 22.03.2000.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

7. Rat 21.03.2000

16. Ausschussneubesetzungen

- 16.1 Ausschussneubesetzung - Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Vorlagenr. 309/00 - Vorlage vom 07.03.2000 -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt **Herrn Dr. Walter Karbach** als ordentliches beraten-des Mitglied in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung (Stv Morgenschweis)

7. Rat 21.03.2000

- 16.2 Ausschussbesetzung - Jugendhilfeausschuss

Vorlagenr. 311/00 - Vorlage vom 09.03.2000 -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt **Herrn Ebubekir Koyuncu** als ordentliches und **Herrn Veli Aydin** als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Jugendhilfe-ausschuss.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung (Stv Morgenschweis)

7. Rat 21.03.2000